

gungslos an den Schreibtisch. Um halb neun ist er schweißgebadet. Dube: „Bin ich ein Schneller Brüter?“

Wohl dem, der transpiriert. Schwitzen ist die einzige Chance, dem Wärmetod zu entkommen. Zwei Millionen Schweißdrüsen besitzt der Mann, Frauen haben etwas weniger. Der Höchstausschlag liegt bei etwa 18 Litern pro Tag.

Doch Schwitzen schlaucht. Die Hautporen müssen sich öffnen, der Kreislauf geht in die Knie. Zudem verliert der Körper mit dem Schweiß auch Magnesium, was alsbald zu Herzrhythmusstörungen führen kann.

Anfang Juli rückte die Berliner Ambulanz pro Tag 1500mal aus, um kollabierte Patienten zu behandeln. Drei Menschen starben am Ostseestrand. Nur knapp dem Tod entkam ein Getränkefahrer aus Hamburg. Mit 42 Grad Körpertemperatur und trockener Haut wurde der Mann ins Krankenhaus gebracht. Diagnose: Hitzschlag.

Abkühlung ist derzeit nicht in Sicht. Bis weit in diese Woche, so der Meteorologe Oeckel, „bleibt es rappeltrocken und heiß“. Solche Prognosen werden von vielen Deutschen mittlerweile als unverhohlene Drohung verstanden. „Wir freuen uns auf Alfred“, gab die *Bild*-Zeitung Anfang Juli noch Volkes Stimme wieder. Nun nörgelt sie: „Die ersten drehen durch.“

Wie selig waren da jene Touristen, die Richtung Südeuropa fliehen konnten: In Lissabon wurden erfrischende 22, auf Gran Canaria laue 24 Grad gemessen. Hierzulande hingegen wogt der Wind schon am frühen Morgen mit 20 und mehr Grad durch die aufgeheizten Häuserschluchten. Schweißgebadet wälzt sich der Bürger im Bett, gequält von Hitze und Lärm. Denn kaum geht die Sonne unter, rauchen die Würstchen; es wird gegrillt und gegrölt.

Gunild Scheid, Medizin-Meteorologin vom Wetteramt in Essen, empfiehlt, „das Nachtlager im kühlen Keller aufzuschlagen“. Der Berliner Arzt Hans-Georg Fritz rät, „den Körper mit Essigwasser abzureiben“.

Selbst Hartgesottene und Thermophilen wird die Hitze vergällt: Hessen rief Ozonalarm aus und forderte die Autobahnfahrer auf, das Tempo auf 90 Stundenkilometer zu drosseln. Unterdes warnen Hautkrebs-Experten, ein pigmentarmer Nordländer dürfe höchstens 15 Minuten in der Sonne verweilen.

Selbst luftige Kleidung steht neuerdings auf dem Index. Durch leichte Blusen und dünne Hemden, warnten Münchner Dermatologen letzte Woche, könne krebserregende UV-B-Strahlung dringen. Die *Tageszeitung* sprach daraufhin ein Vermummungsgebot aus: „Lange Hosen, langärmelige Hemden, Hut, Kopftuch oder am besten Schleier.“ □

Umdenken unter Tränen

Kopfweh, Atembeschwerden, Augenreizungen – die Folgen hoher

Ozonbelastung haben bei den Deutschen die Bereitschaft

erhöht, aus Umweltgründen Tempolimits zu akzeptieren. Ausgerechnet

Umweltminister Töpfer hat die Lernfähigkeit der Bürger unterschätzt.



Ozonwarnung auf der Autobahn

„Die in Bonn reden Unsinn“

Von seinen Medienberatern hat Klaus Töpfer, 56, Bundesminister für Umwelt und Reaktorsicherheit, eines gelernt: Auf Pressekonferenzen solle er locker, in kurzen Sätzen parlieren und Blickkontakt mit den Journalisten suchen. Wenn er aber zum Kern seiner Botschaft gelange, müsse er den Blick direkt in die Fernsehkameras richten.

An diese Regieanweisung hielt sich der Unionschrit auch Mittwoch voriger Woche. Die Verminderung des Reizgases Ozon, erläuterte er mit Rundumblick vor der Bundespressekonferenz, sei eine vorrangige Aufgabe. Aber der Ozonalarm und die Tempolimits im rot-grün regierten Hessen, tags zuvor erstmals angeordnet, seien – die Ministeraugen such-

ten die Kameras – „reine Symbolpolitik“.

Medientechnisch war der Auftritt in Ordnung, politisch hingegen lag der Minister voll neben dem Trend. Sein Urteil, Hessens Ozonalarm sei „nur ein Kurieren am Symptom“ und beseitige keine der Ursachen, kam im Volk nicht mehr an.

„Die in Bonn“, sagte ein hessischer Autobahnpolizist unter dem Eindruck vieler Gespräche mit einsichtigen Autofahrern, „reden Unsinn.“ Töpfer war nicht der einzige, der die Einsichtsfähigkeit der Bevölkerung unterschätzt hatte.

Auch der Sozialdemokrat Klaus Matthiesen, 53, Umweltminister in Nordrhein-Westfalen, bewertete den hessischen Ozonalarm abfällig als „Schnellschuß“, die Hessen-CDU sah gar nur einen „mißglückten PR-Gag“.

Die meisten Kritiker glaubten nicht, daß sich

die deutschen Schnelfahrer an die Tempolimits von 90 Sachen auf Autobahnen und 80 auf Bundesstraßen halten würden. Schließlich drohten Rasern in Hessen ja keine Sanktionen – der einschlägige Strafkatalog ist Bundessache und wird erst auf den Weg gebracht.

Die Kritiker mußten ihr vorschnelles Urteil allerdings rasch bedauern: Die Bürger reagierten gänzlich anders als erwartet. Auch ohne Strafandrohung nahmen die meisten den Bleifuß vom Gaspedal.

Anfangs waren es 80 Prozent, gegen Ende der Woche, kurz vor der Aufhebung des Tempolimits am Freitag nachmittag, sogar an die 90 Prozent aller Autofahrer, die sich an die empfohlenen

Geschwindigkeiten hielten. Dabei hatten die Behörden in ganz Hessen an Autobahnbrücken gerade mal 35 Spruchbänder montiert, die auf die Tempolimits hinwiesen. Selbst Urlauber gingen vom Gas, als Radiosender begannen, den Ozonalarm auch auf Englisch und Holländisch zu verbreiten.

Die Bereitschaft zum Umdenken, die viele Politiker so nachhaltig verkannt hatten, war abzusehen gewesen. In jenen Regionen Süd- und Ostdeutschlands, die schon seit vielen Wochen unter einer Hitzewolke mit Tropentagen von ständig mehr als 30 Grad Celsius leiden, hatte das ätzende Reizgas längst den Alltag und die Stimmung in der Bevölkerung verändert.

Spielende Kinder waren an den Hundstagen nachmittags kaum noch auf den Straßen, selbst die schattigen Parks blieben weitgehend verwaist. Statt dessen quollen die Wartezimmer der Arztpraxen über. Immer häufiger, so ein hessischer Allgemeinarzt, kämen Patienten „mit Kopfschmerzen, tränenden Augen und Atembeschwerden“ und fragten, „ob das vom Ozon kommt“.

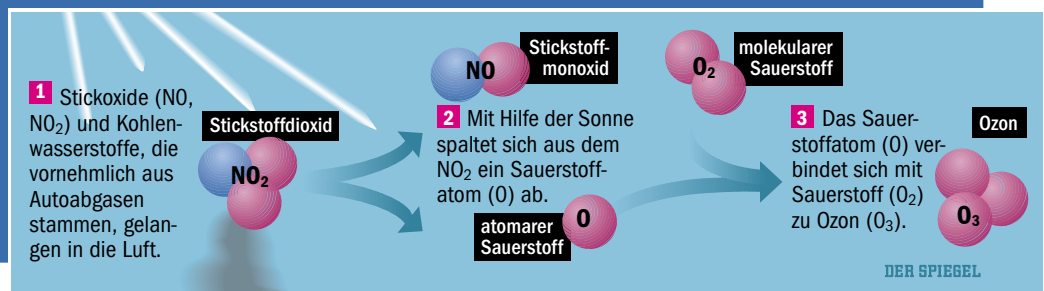
Die Sorgen sind begründet. Bei Kindern, die sich eine Stunde im Freien aufhalten, so ergaben deutsche Tests, wird schon bei Belastungen von 100 bis 150 Mikrogramm Ozon je Kubikmeter Luft die Lungenfunktion beeinträchtigt. Alte Menschen und Asthmatiker sind bereits bei Konzentrationen gefährdet, die noch weit unter den hessischen Alarmwerten liegen.



Umweltminister Töpfer
„Reine Symbolpolitik“

P. HIRTH / TRANSIT

Es braut sich was zusammen Entstehung von bodennahem Ozon



„Ich habe etwas dagegen“, empört sich Niedersachsens Umweltministerin Monika Griefahn (SPD), selbst Mutter, „daß Kinder in die Garage gesperrt werden, während die Autos draußen spielen dürfen. Appelle und Warnungen reichen nicht mehr.“

Das „Bürgertelefon Ozon“, in vielen süddeutschen Gemeinden installiert und in Hessen landesweit eingerichtet, ist seit Wochen ständig besetzt. Eine ARD-Sondersendung zum Thema Sommersmog fand mehr Zuschauer als Fernsehkrimis. Das meistgesehene Programm im Hessischen Fernsehen machten allerdings nicht Redakteure, sondern Ingenieure vom Meßdienst der Landesanstalt für Umwelt: Auf Tafel 167 im Videotext erschienen stündlich die aktuellen Daten aller 33 Ozonmeßstationen im Lande. Eine Seite weiter folgten Verhaltenstips: keine „anstrengenden Tätigkeiten im Freien“, „kein Ausdauersport“.

Selten zuvor waren die Deutschen über eine Umweltgefahr so gut informiert wie über das Reizgas Ozon, das Schleimhäute und Lungenbläschen angreift und dessen unsichtbare Schwaden sich unter starker Sonneneinstrahlung überwiegend aus Autoabgasen nähren (siehe Schaubild).

Weil die Sonnenstrahlung wegen der Luftverschmutzung über Großstädten weniger intensiv als auf dem Lande ist, beginnt der fotochemische Prozeß zur Bildung von Ozon oft erst richtig, wenn der Wind die Abgaswolken aus den Städten herausgeweht hat. So entstehen die höchsten Ozonkonzentrationen meistens an Stadträndern und in der vermeintlich guten Luft, etwa im Spessart oder in der Nähe der nordhessischen Meßstation Witzenhausen-Wald, wo schon fast 400 Mikrogramm Ozon pro Kubikmeter Luft gemessen wurden. Derlei Werte kannten Wissenschaftler jahrzehntelang nur aus dem autoreichen Los Angeles.

Daß der überbordende Autoverkehr die Hauptursache der seit Jahren steigenden Ozonbelastung ist, leugnet auch Umweltminister Töpfer nicht. Der CDU-Politiker streitet mit Hessens grünem Umweltminister Joschka Fischer und Niedersachsens SPD-Regierung, die für nächstes Jahr eine deutlich schärfere Smog-

Verordnung auch mit Fahrverboten einführen will, jedoch über den richtigen Weg zur Ozonverminderung.

Großflächige Tempolimits hält Töpfer, im Gleichklang mit der Automobilindustrie, für weitgehend wirkungslos. Solche Schritte verminderten, wie ein Versuch in der Schweiz gezeigt habe, die Gasbelastung „um höchstens zwei Prozent“. Der Umweltminister verschwieg allerdings, daß der „Groß“-Versuch in der Schweiz, bei geringfügigen Tempoverminderungen, nur Teilstücke von Autobahnen und Landstraßen betraf.

Töpfer setzt darauf, europaweit den Anteil des giftigen Benzols im Benzin von 2,5 auf ein Prozent herabzusetzen. Damit werde die Ozonbildung – was Wissenschaftler bestätigen – um 30 bis 40 Prozent reduziert.

Wenn Europa nicht mitmacht, will Töpfer das weniger giftige Benzin später im deutschen Alleingang einführen – Ergebnisse könnte der Ankündigungsminister also frühestens in einigen Jahren vorweisen. „Daß seit fünf Jahren eine wirksame Sommersmog-Verordnung verschleppt wird“, klagt die Umweltschutzorganisation Greenpeace, „grenzt an vorsätzliche Körperverletzung.“

Töpfers Benzin-Plan, urteilt Hessens sozialdemokratischer Ministerpräsident Hans Eichel, sei „eine gute Sache, das begrüße ich“. Nur, fragt Eichel, „was machen wir bis dahin?“ Es gehe darum, „jetzt“ die Gesundheitsgefahren „für Kinder und alte Menschen“ herabzusetzen, deshalb „auch jetzt“ die Tempolimits.

Die Hessen fanden vergangene Woche vielerorts Nachahmer. Wegen hoher Ozonbelastung verhängte das rotgrün regierte Sachsen-Anhalt auf einem Teilstück der Autobahn Berlin-Hannover Tempo 80. Etliche Großstädte Nordrhein-Westfalens wollten sich anschließen, scheiterten allerdings an ihrem Umweltminister Matthiesen. Der Kölner Regierungspräsident Franz-Josef Antwerpes schlug vor, das sogenannte Athener Modell zu importieren: „Heute fahren nur die Autos mit gera-

den Autonummern, morgen die mit ungeraden.“

Bremens grüner Umweltsenator Ralf Fücks will mit Niedersachsen die erste länderübergreifende Ozonverordnung zimmern. Der Stuttgarter Umweltminister Harald Schäfer (SPD) bereitet städtische Fahrverbote an Tagen mit hohen Ozonkonzentrationen vor. „Warten auf Töpfer“, applaudiert der Bund für Umwelt und Naturschutz, „ist vergeblich.“

In Hessen sanken gegen Ende letzter Woche die Ozonwerte im Schnitt um 20 Prozent, während sie in Nachbarländern weiter stiegen. Die Tendenz gilt Wissenschaftlern noch nicht als letzter Beweis für die Wirkung des Tempolimits, aber, so das Umweltministerium, „als Indiz“.

Daß Tempolimits und Verkehrsbeschränkungen geeignet sind, in der Luft zumindest den Anteil der Ausgangsstoffe zu senken, die zur Bildung des Reizgases führen, hat bereits im Juni ein baden-württembergischer Versuch im Großraum Heilbronn/Neckarsulm bewiesen.

Vier Tage lang durften dort bei heißem Sommerwetter nur Autos mit geregelter Katalysator in die Innenstädte rollen, auf den Autobahnen wurde die Geschwindigkeit auf bis zu 60 Kilometer in der Stunde gedrosselt.

Die Folge: Stickoxide und Kohlenwasserstoffe in der Luft der Städte gingen fast schlagartig zurück – um 40 Prozent. □

Minister

Flieger im Museum

Schwere Rüffel für Volker Rühle: Rechnungsprüfer werfen ihm Milliarden-Verschwendung und falsche Entscheidungen vor.

Der neue Verteidigungsminister hatte löbliche Vorsätze. „Ein Umsteuern in der Politik muß auch zum Umsteuern in der Mentalität führen“, verkündete Volker Rühle (CDU) schon bald nach Amtsantritt im Jahre 1992, „und wenn das nicht möglich ist, auch zum Umsteuern beim Personal.“

Ein Mann mit Weitsicht. Nur, daß es jetzt um seinen eigenen Job geht.

Einsame Entscheidungen und eigenwillige Amtsführung haben den Verteidigungsminister und ehemaligen CDU-Generalsekretär in der eigenen Partei zunehmend isoliert. Für den Fall eines Wahlsieges wird in der Union bereits über einen Wechsel auf der Hardthöhe nachgedacht – als Nachfolger ist, unter

anderen, Kanzleramtsminister Friedrich Bohl im Gespräch.

Grund für den Ansehensverlust des Ministers, der sich lange als Kronprinz von Bundeskanzler Helmut Kohl wähnte, sind zahllose Pannen und Pleiten, die Zweifel an der Durchsetzungskraft des Oberbefehlshabers wecken.

Noch ist Rühles Eingeständnis nicht vergessen, das Parlament über die Beschaffung des Tornado-Abwehrsystems Cerberus „durch unpräzise Sachdarstellung“ falsch informiert zu haben (SPIEGEL 16 und 21/1994). Vertrauliche Protokolle und Untersuchungen belegen jetzt, daß die Ungenauigkeiten des Hardthöhen-Chefs offenbar System haben.

Mit Tricks und Täuschungen operierte Rühle in der Debatte um das neue europäische Kampfflugzeug Eurofighter 2000, die Diät-Version des Jäger 90.

Bei den Kosten für die Entwicklung, bislang auf 5,8 Milliarden Mark kalkuliert, errechneten die unabhängigen Prüfer zum Beispiel eine „erhebliche Finanzierungslücke“. Schon heute habe sich die Summe auf 6,8 Milliarden Mark erhöht. Gegen Ende des Programms dürften die Entwicklungskosten „in der Größenordnung von mindestens rund 9 Milliarden liegen“. Und das, so die vertrauliche Expertise, sei noch „sehr zurückhaltend“ gerechnet.

Kaum mehr haltbar ist auch der von Rühle zuletzt in Aussicht gestellte Beschaffungspreis von 103 Millionen Mark pro Flugzeug. Nach Berechnungen des BRH auf der Basis von „Preisangaben der Industrie“ dürfte das „vollständige Waffensystem“ nicht unter 150 Millionen Mark pro Stück zu haben sein – damit teurer als der Jäger 90 mit 135 Millionen Mark.



Umstrittener Eurofighter 2000*: „Über dieses Flugzeug kann Rühle abstürzen“

FDP-Verteidigungsexperte Jürgen Kopelin wirft dem Minister vor, bei Planung und Entwicklung des Jets dem Bundestag „die ganze Zeit etwas vorge-schwindelt“ und „vorgegaukelt“ zu haben.

Das scheint untertrieben. Der Bundesrechnungshof (BRH) kommt in einer „kritischen Sachstands-darstellung“ über Rühles Kummer-Flieger zu einem vernichtenden Ergebnis: Danach erweist sich der Eurofighter aufgrund „erheblicher technischer Probleme und zeitlicher Verzögerungen“ als Milliarden-grab; zudem sei er von fragwürdigem militärischen Nutzen.

* Bei der offiziellen Vorstellung am 4. Mai im englischen Warton.

Weil die Maschinen so teuer werden und weil der Etat zusammengestrichen ist, kann Rühle nach den Prognosen des BRH die ohnedies schon geschrumpfte Bestellung von 140 Eurofightern gar nicht bezahlen. Das Geld reicht, so der Bundesrechnungshof, für „nur noch etwa 85“ Jets.

Ob Rühle beim Eurofighter „etwas zu verbergen habe“, fragt auch die oppositionelle SPD. Die Sozialdemokraten verlangen auf der Sitzung des Verteidigungsausschusses am 6. September, der letzten vor der Bundestagswahl, Aufklärung. „Über dieses Flugzeug“, orakelt der SPD-Abgeordnete Walter Kolbow, „kann Kollege Rühle abstürzen.“

Den Parlamentariern im Verteidigungsausschuß wird der Minister dann